

Argumentationshilfe

Gerechtigkeit

1. Unsere Hauptbotschaft: „Worum es uns geht“

Wir wollen mit einer klimaneutralen Wirtschaft unseren Wohlstand sichern und ausbauen. Und wir wollen dafür sorgen, dass dieser Wohlstand bei allen ankommt, vor allem bei denjenigen, die ihn erarbeiten. Die Menschen in Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen können, der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt. Dazu wollen wir europaweit verbindliche Mindeststandards – für faire Löhne und starke Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung, für gerechte Arbeitsbedingungen: zum Beispiel einen Mindestlohn von 14 € in Deutschland.

2. Kurzer Hintergrund zum Thema

Die Europäische Union ist die Grundlage für unseren Wohlstand. Ohne die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Europäischen Binnenmarkt hätte allein die Bundesrepublik volkswirtschaftliche Verluste von ca. 400-500 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung und einige Millionen Arbeitslose mehr. Trotz alledem bleibt die EU hinter ihrem Potenzial zurück. Mehr als 100 Mio. EU-Bürger*innen in der EU leben unterhalb der Armutsgrenze. Über die Hälfte der Menschen haben in den letzten Jahren real an Einkommen verloren (die Lebenshaltungskosten stiegen schneller als die Einkommen). Es wird Zeit, dass sich das ändert. Wir Grüne wollen deshalb u.a. rechtsverbindliche und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards. Niemand sollte in der EU in Armut leben. Wenn wir überall in der EU vergleichbare soziale Standards haben, wirkt das einem Unterbietungswettbewerb entgegen, der nicht zuletzt auf Kosten der Menschen in Deutschland geht.

3. Unsere Vorschläge „Was wir vorhaben“

Starke Sozialsysteme europaweit

Über 95 Millionen Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Hohe Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell verschärft. Die Europäische Union soll den Mitgliedstaaten verbindliche soziale Mindeststandards vorgeben. Dazu gehört für uns auch die bisherige europäische Empfehlung für angemessene Mindestsicherungssysteme zu einer verbindlichen Richtlinie weiterzuentwickeln und die darin festgelegten Standards mit einem individuellen Anspruch auf soziale Rechte für Betroffene in den Mitgliedstaaten zu verbinden. In diesem Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß ihrem jeweiligen Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten.

Europäischen Mindestlohn auch in Deutschland umsetzen

Wir wollen, dass die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland in einem nächsten Schritt konsequent umgesetzt wird und die EU-Empfehlung, den Mindestlohn an 60 Prozent des Medianlohns zu koppeln, verbindlich gemacht wird. So würde der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten spürbar steigen, in einem ersten Schritt auf ca. 14 Euro. Aber auch die Tarifbindung soll mit der Richtlinie gestärkt werden.

Wir wollen eine EU Richtlinie für Homeoffice schaffen, sodass das Recht auf Homeoffice in allen EU Mitgliedstaaten wahrgenommen werden kann.

Klimapolitik sozial ausgestalten.

Mittel- und langfristig profitieren vor allem Menschen mit wenig Einkommen von kostengünstigen Erneuerbaren Energien. Damit wirklich alle die Modernisierungskosten stemmen können, wollen wir mit Förderinstrumenten wie dem Klimasozialfonds Menschen mit geringem Einkommen stärker unterstützen und durch öffentliche Investitionsprogramme vor allem im Gebäudesektor und in der Mobilität gezielt entlasten. Finanziert werden soll dies primär mit Einnahmen aus dem Emissionshandel. Außerdem wollen wir schnellstmöglich ein Klimageld einführen und damit besonders Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen entlasten, die ohnehin weniger CO₂ produzieren.

Bessere Arbeitsbedingungen für Plattform-Arbeiter*innen.

EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale Dienste anbieten und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen, bspw. Lieferdienste wie Amazon oder Lieferando und Mobilitätsunternehmen wie Uber. Viele der Unternehmen profitieren vom Modell der Scheinselbstständigkeit, indem sie Menschen nicht im normalen Angestelltenverhältnis beschäftigen. Damit umgehen die Unternehmen viele Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer*innen und wälzen die Verantwortung auf die Beschäftigten ab. Die EU-Kommission schätzt, dass davon ca. 4 Millionen der Arbeitnehmer*innen in Plattformunternehmen betroffen sind. Hinzu kommt, dass viele der Unternehmen schlechte Löhne zahlen und ihre Beschäftigten durch KI bewerten und über Kamerasysteme nonstop überwachen. Wir wollen für die Beschäftigten bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen. Deshalb setzen wir uns für dafür ein, dass die Richtlinie zum Schutz von Plattformarbeiter*innen zügig umgesetzt wird.

Grenzpendler*innen und mobile Arbeitnehmer*innen besser absichern.

Viele Millionen Grenzpendler*innen, die auf der einen Seite einer EU-Binnengrenze leben und auf der anderen Seite arbeiten, rutschen in sozial- oder steuerrechtliche Lücken und drohen schlechter ge-

stellt zu sein, als Menschen, die im selben EU Mitgliedstaat leben und arbeiten. Wir wollen deshalb die Übertragbarkeit von Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern, indem wir EU-weit gesetzlich regeln, dass Sozialversicherungsansprüche von Grenzpendler*innen ohne Probleme über die Grenzen mitgenommen werden können und durch digitale Überprüfung entbürokratisieren.

Ausbeutung verhindern

Wir wollen dem Missbrauch von Saisonarbeiter*innen ein Ende setzen. Deshalb wollen wir Beratungsstrukturen für Saisonarbeiter*innen in ihren Sprachen ausweiten und finanziell über den EU-Haushalt absichern. Um Scheinselbständigkeit wie Lohndumping zu verhindern, wollen wir die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) verbessern und Inspektionen ausweiten. Das Mandat der ELA soll zukünftig auch auf Beschäftigte aus Drittstaaten ausgeweitet werden. Arbeitgeber*innen sollen zukünftig durch die gesamtschuldnerische Haftung rechtliche Verantwortung für schlechte Arbeitsbedingungen oder katastrophale Unterbringungsbedingungen übernehmen müssen.

4. Unsere Erfolge „Was wir erreicht haben“

EU-Mindestlohnrichtlinie für faire Löhne und bessere Tarifbindung

Dank uns Grünen wurde in der laufenden Wahlperiode die EU-Mindestlohnrichtlinie beschlossen. Die Richtlinie empfiehlt den Mitgliedstaaten, den gesetzlichen Mindestlohn an 60 Prozent des Medianlohns zu koppeln und damit armutsfest auszugestalten. Darüber hinaus soll mit der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich gestärkt werden. Mitgliedstaaten mit einer tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen einen Aktionsplan vorlegen. Dies gilt auch für die Bundesrepublik, wo die Tarifbindung nur für ca. 52 % der Beschäftigten (Branchen- wie Firmentarifverträge) gilt.

In der Folge haben wir in Deutschland den Mindestlohn deutlich, zunächst auf 12 €, angehoben und werden per Gesetz festschreiben, dass nur tarifgebundene Unternehmen öffentliche Aufträge erhalten dürfen und damit die Tarifbindung in Deutschland steigern

Klimasozialfonds und Just Transition Fonds

Dank uns Grünen ist es gelungen zwei EU Fonds auf den Weg zu bringen, die das Ziel haben Projekte zu finanzieren, die die grüne Transformation für alle Menschen und Regionen zum Erfolg machen sollen. Der Klimasozialfonds soll Maßnahmen finanzieren, die den steigenden CO₂ Preis für Menschen mit wenig Einkommen abfedern, bspw. zur Sanierung von Wohngebäude oder Stärkung des ÖPNV. Mit dem Just Transition Fonds werden Regionen wie alte Kohle Regionen, bei der grünen Transformation unterstützt, beispielsweise zur Qualifizierung von Arbeitskraft.

Gender Equality und Lohntransparenz

Frauen in der EU verdienen im Schnitt immer noch knapp 13 Prozent weniger als Männer, in Deutschland sogar rund 18 Prozent. Wir Grünen haben mit der Richtlinie zur Lohntransparenz dafür gesorgt, dass Unternehmen künftig die Bezahlungsunterschiede offenlegen und begründen müssen und diese Transparenz auch von den Beschäftigten eingeklagt werden kann.

Bürgergeld statt Hartz4

Mit der Einführung des Bürgergelds setzen wir einen neuen Fokus auf einen möglichst nachhaltigen Wiedereinstieg von Jobsuchenden ins Berufsleben. Das erreichen wir durch Förderung, Weiterbildung und die Streichung des Vermittlungsvorrangs, der häufig nur in prekäre Beschäftigung führte und mit dem viele in Arbeit vermittelte Leistungsbeziehende nach kurzer Zeit schon wieder beim Jobcenter landeten. Zudem richten wir die Höhe des Regelsatzes am sog. sozio-kulturellen Existenzminimum aus und passen diesen regelmäßig an die Entwicklung der Inflation und der Löhne an. Damit können sich Menschen, die ihren Job verlieren, voll auf die Arbeitssuche konzentrieren und werden in einer

oft existenziellen Notlage keinen zusätzlichen Abstiegsängsten ausgesetzt.

5. Wie unterscheiden wir uns von den anderen? „Warum Grün?“

Wir Grüne wissen, dass der Zusammenhalt in der Europäischen Union soziale Sicherheit braucht. Die schaffen wir durch die Stärkung von sozialen Rechten und durch Investitionen für klimaneutralen Wohlstand. CDU/CSU und FDP lehnen eine aktive europäische Sozialpolitik zum Schutz der Menschen ebenso wie stärkere europäische Investitionen ab und proklamieren im Gegenteil sogar einen Abbau von Sozialleistungen. Sie riskieren dadurch den europäischen Zusammenhalt und den Green Deal. Mit der SPD haben wir viele Gemeinsamkeiten in der Sozialpolitik – im Eintreten für faire Löhne zum Beispiel. Wir nehmen aber stärker als die SPD auch Leute in den Blick, die unverschuldet nicht arbeiten können. So setzen wir uns dafür ein, dass es in ganz Europa verbindliche Standards für die soziale Absicherung gibt und dass diese Standards einklagbar sind. Dieser weitere Blick auf soziale Sicherheit ist wichtig für den Zusammenhalt und macht deutlich, dass das Gemeinwesen für alle da ist, wenn sie unverschuldet in Notlagen geraten.

Die AfD schadet mit ihrem nationalistischen Programm vor allem Menschen mit wenig Einkommen. Ihre Forderung nach einem Rückbau der EU würde mehr Menschen in Armut bringen (keine sozialen Grundrechte, keine Verpflichtung für Mitgliedsstaaten, Mindestlöhne oder Sozialstandards zu garantieren). Durch ihre Haushaltspolitik würden sie öffentliche Investitionen streichen und mehr Menschen in Armut bringen. Durch ihre Forderung nach einem potenziellen EU-Austritt Deutschlands würden Sie Wohlstand vernichten, mehrere Millionen Arbeitsplätze riskieren und Lohnverluste für die Mehrheit der Deutschen in Kauf nehmen.

6. Fragen / Gegenargumente

„Sozialpolitik ist keine originäre Zuständigkeit der EU“

Das stimmt formal. Um den Zusammenhalt in der Europäischen Union zu sichern und damit die grüne Transformation erfolgreich wird, brauchen wir aber eine starke soziale Säule in der EU. Sozialpolitik wird weiterhin eine nationale Aufgabe bleiben, aber die EU muss in der Koordinierung stärker werden. Dadurch beugen auch beispielsweise einem Unterbietungswettbewerb um Sozialstandards vor. Gleichzeitig müssen in anderen Politikfeldern wie der Finanzpolitik oder der Klimapolitik die soziale Perspektive stärker berücksichtigt werden.

„Die Mitgliedstaaten sind zu unterschiedlich für gemeinsame Sozialstandards und Mindestlöhne.“

Es geht nicht darum, dass alle den selben Mindestlohn oder den selben Satz Sozialhilfe ausgezahlt bekommen. Die EU kann aber Empfehlungen wie in der Mindestlohnrichtlinie aussprechen, die sich an Referenzgrößen orientieren, wie bspw. beim Mindestlohn, der an 60 % des Medianlohns gekoppelt werden soll. Damit sorgen wir für Fairness innerhalb der EU.

„Das Geld was wir für die EU ausgeben, sollten wir lieber unseren Arbeitslosen und Rentnern geben.“

Kaum ein Land profitiert wirtschaftlich so stark von der EU wie Deutschland. Wären wir nicht Teil des Europäischen Binnenmarkts und der EU, würde unser Lohn- und Rentenniveau sinken.

„Das Bürgergeld ist zu hoch. Die Menschen kündigen ihren Job, um Bürgergeld zu beziehen.“

Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, dass die Höhe des Bürgergeldes existenzsichernd auszugestalten ist. Diesen Auftrag hat die Bundesregierung umgesetzt – übrigens auch mit Zustimmung der Union.

Die Behauptung, Menschen würden ihren Job kündigen, um Bürgergeld zu beziehen, ist klar widerlegt. Die Zahlen des BMAS zeigen deutlich: Die Anzahl der Menschen, die pro Jahr durch Jobverlust in die Grundsicherung wechseln, war 2023, dem Jahr der Einführung des Bürgergeldes, um 54.000 Zugänge geringer als im Vorjahr und damit auf dem niedrigsten Stand seit mind. 2005. Gleichzeitig ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter gestiegen und liegt auf einem Allzeit-Rekordhoch.